

Kehrseite

— Editorial ✓ —

Liebe Leserinnen und Leser,

Es wird nicht mehr lange dauern, bis das farbenprächtige Stadtbild, das uns der spät einsetzende Frühling beschert hat, weichen muss. An Bäumen, Zäunen, Gebäuden und auf extra aufgestellten Tafeln werden die jeweiligen Parteien versuchen, Sie mit mehr oder weniger unzumutbaren Losungen für sich zu gewinnen. Schon jetzt wird heftig über den bevorstehenden „Lagerwahlkampf“ geschwafelt. Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün so heißen angeblich die Alternativen.

Lager? Alternativen? Also das sehen wir doch deutlich anders. Richtig, es gibt ein Lager, besser gesagt, den Block der Agenda-2010-Parteien. Diese XXL-Koalition aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen werden im Wahlkampf jede Menge Lippenbekenntnisse zur sozialen Gerechtigkeit ablegen. Aber sie selbst sind es, die, wie Gregor Gysi noch einmal klarstellte, „mit Rentenkürzungen, der Rente erst mit 67, dem massiven Ausbau prekärer Beschäftigung, Hartz IV und Steuererleichterungen für Reiche und Vermögende, die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft erst herbeigeführt haben“. Diese Tatsache spiegeln auch die Beiträge in dieser zweiten Ausgabe unserer *Kehrseite* wider.

Wir, DIE LINKE, befinden uns in der Opposition und werden auch nach der Wahl dort blei-

ben. Aus diesem Verständnis werden wir unseren Wahlkampf führen und als Oppositionskraft auch im neuen Bundestag Druck ausüben und für wirkliche Veränderungen und einen grundlegenden Politikwechsel kämpfen.

Opposition ist nämlich keineswegs „Mist“ wie Franz Müntefering, einer der Hauptarchitekten der Agenda 2010 und Erfinder der Rente mit 67, zur Begründung der großen Koalition seinerzeit verkündete. Das gilt nur für Parteien, die bei der Regierungsbeteiligung vor allem auf lukrative Posten und Pöstchen schießen und ihr Klientel bedienen wollen. Dass man auch in der Opposition politische Themen durchsetzen kann, beweisen gerade die letzten Jahre unter Schwarz-Gelb. Angetreten als Koalition der Steuergeschenke – „Leistung muss sich wieder lohnen“ –, ist jetzt nur noch von „sozialer Gerechtigkeit“ und bestenfalls von notwendiger Haushaltskonsolidierung die Rede. Der von allen Blockparteien vehement abgelehnte gesetzliche Mindestlohn wird inzwischen von SPD und Grünen ganz, von CDU/CSU in verkappter Form überwiegend vertreten und selbst von der FDP wird ein Mindestlohn plötzlich nicht mehr völlig ausgeschlossen. Da ist zunächst mal zu vernachlässigen, dass Rot-Grün die Höhe des Mindestlohns natürlich zu niedrig



Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- Ein Armutszeugnis – 2
- Lichterfelde Süd: Natur oder Beton? – 3
- Baustelle statt Neubau – Das Desaster der Sanierung der Max-von-Laue-Schule – 5
- Die Linke und die Gewerkschaftschaft – 6
- Subventionen vs Mindestlohn – 7
- Politische Streiks im Europa der Krise – 8
- Schildbürger?... – 9
- LEGAL – ILLEGAL – SCHEISSEGAL! – 10
- 8. Mai Tag der Befreiung vom Faschismus – 11
- Termine, Zitate – 12

Editorial ✓

ansetzt. Ähnliches gilt für die Themen wie die Transaktionssteuer und anderes. Das alles hätte es ohne die oppositionelle Linkspartei nicht gegeben. Die anderen Parteien, insbesondere die SPD, haben unsere Themen geklaut. Aber wir sind deswegen keineswegs unfroh. Insbesondere nicht, wenn die Wähler die offenkundigen Zusammenhänge begreifen.

Denken Sie in diesem Zusammenhang nicht an Müntefering sondern an die Worte Herbert Wehners: „Mit der Wahl legalisiert der Wähler die Handlungen, die später gegen ihn unternommen werden.“ Überdenken Sie diesen Satz. Vielleicht entschließen Sie sich diesmal, einer Partei die Stimme zu geben, die, wenngleich aus der Opposition heraus, ein echtes Alternativprogramm anbietet.

Die Redaktion ●

Ein Armutszeugnis

● Zahlreiche Ökonomen und Wirtschaftsjournalisten feierten den 10. Geburtstag der größten Arbeitsmarkt- und Sozialreform der Nachkriegszeit positiv bis euphorisch. Sie habe Deutschland gut getan und es ginge seither gerechter zu in diesem Land. Ökonomisch sei sie ohnehin alternativlos, folglich hätten wir es also mit einer – auch so ein blödes Wort – Erfolgsgeschichte zu tun. Für beides gilt: Bullshit. Obwohl, es kommt ganz daKehrsrauf an, in welche Richtung man blickt. Das von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände finanzierte Institut der deutschen Wirtschaft meinte feststellen zu können, dass die Zahl der Erwerbslosen von mehr als fünf auf rund drei Millionen gesunken sei und dass es mit 41,5 Millionen „noch nie so viele Erwerbstätige gegeben habe“. Der Hinweis darauf, dass es sich bei den neuen Jobs vorrangig nicht um vollwertige sondern um prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt, wurde mit dem Argument abgeschmettert, dass seit 2005 über zwei Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden seien. Das stimmt zwar, ist aber dennoch nicht stichhaltig. Denn auch für Jobs – und jetzt beleuchten wir die Kehrseite dieser Statistik – in Teilzeit, Befristung, Leiharbeit, mit untertariflicher oder sogar sittenwidriger Bezahlung müssen in der Regel Sozialabgaben entrichtet werden. Und keine Untersuchung kommt an der Tatsache vorbei, dass in Deutschland innerhalb von 11 Jahren 1,6 Millionen Vollzeitstellen abgebaut wurden. Die Zunahme der Beschäftigung erklärt sich fast ausschließlich aus der Zulassung jener oben genannten Jobs. Das bedeutet, dass heute fast 13 Millionen Menschen unter prekären Bedingungen arbeiten. Rund fünf Millionen von ihnen haben nur einen Minijob mit einem Einkommen von maximal 400 Euro.

Beschäftigungswunder – eine Illusion

Was die Agenda-Agenten wahrscheinlich überhaupt nicht gerne hören wollen, ist die Tatsache, dass sich das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen, also die Gesamtzahl der in Deutschland gearbeiteten Stun-

den pro Jahr, seit der Jahrtausendwende so gut wie gar nicht verändert hat. Was sich verändert hat, ist die Struktur der Erwerbsfähigkeit: Vollzeitbeschäftigung ging zurück, (unfreiwillige) Teilzeit, Leiharbeit, selbstausbeutende Ich-AGs etc. nahmen zu. Arbeit und Arbeitslosigkeit sind also nur anders verteilt. Mit den Worten des Sozialwissenschaftlers Lars Niggemeyer: „Immer mehr Menschen sind von einer neuen Form der Arbeitslosigkeit betroffen – in der Sprache der Arbeitsmarktforschung nennt man dieses Phänomen Unterbeschäftigung. Treffender ist es, von Teilarbeitslosigkeit zu sprechen. Die Betroffenen haben nur einen Teilzeitjob, sie würden aber gerne länger arbeiten.“ Kurzum, so seine Schlussfolgerung, „die Agenda 2010 hat kein Beschäftigungswunder hervorgebracht, sondern lediglich – mit Hilfe der Arbeitsmarktstatistik – eine Illusion geschaffen. Verheerend genug, denn mit Hilfe der Qualitätsmedien, willfähriger Ökonomen und Institute haben sich Öffentlichkeit leicht manipulieren und die direkten „Reform“-Empfänger trefflich manipulieren lassen. Das funktionierte. Prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne seien nun mal der Preis, den man für weniger Arbeitslosigkeit habe entrichten müssen. So lautet das Agenda-Mantra, das Tag für Tag allen Lohnabhängigen eingebläut wird. Und so wurde mit der Agenda 2010 ein „neues rigides Arbeitsmarktregime etabliert – mit einer Zone dauerhafter Prekarität für Millionen Beschäftigte“, so der Wirtschaftssoziologe Klaus Dörre. Weshalb der damalige Bundeskanzler und Sozialdemokrat G. Schröder stolz verkündete, Deutschland verfüge über den größten Billiglohnsektor Westeuropas.

Wer die Agenda-Ideologie erst einmal verinnerlicht hat, wird leicht zu gravierenden Lohn-Zugeständnissen bereit sein, um zu verhindern, in die Prekariatszone abgedrängt zu werden. Die Folge: Der Agenda 2010 mit ihren Hartz-Arbeitsgesetzen ist es gelungen, den Preis der Ware Arbeitskraft auf breiter Front zu senken und einen beispiellosen Lohnkahlschlag durchzusetzen – mit dem Ergebnis, dass der preisbereinigte durchschnittliche Nettolohn innerhalb der letzten fünf Jahre von 1540 Euro auf rund 1430 Euro gesunken ist.

Der Sozialstaat wird geschleift

„Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden. Dabei geht es nicht darum, ihm den Todesstoß zu geben, sondern ausschließlich darum, die Substanz des Sozialstaates zu erhalten.“ Mit diesen Worten läutete der damalige Bundeskanzler Schröder das Agenda-Zeitalter ein. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Sozialstaat wurde und wird weiter ausgehöhlt. Der Anspruch, Menschen von staatlicher Alimentierung zu befreien, ihnen eine menschenwürdige Arbeit zu beschaffen und ihnen ihre Würde zurückzubringen, wurde nicht eingelöst. Dies war wohl auch gar nicht wirklich beabsichtigt. Das eigentliche Ziel war es, buchstäblich alle Lebensbereiche in den Trichter einer betriebswirtschaftlichen Verwertungsmaschine zu stopfen. Es wurde eine Entwürdigung von Menschen betrieben, die als Opfer der Krise obendrein noch als Sozialschmarotzer verunglimpft werden oder – um diesen Vorwurf zu entgehen – sich zu irgendeiner Zwangsarbeit verpflichten lassen. Von Würde kann auch nicht die Rede sein, wenn Menschen in Hungerlohnbranchen arbeiten und den demütigenden Behördengang antreten müssen, um sich dort ihr Einkommen „aufstocken“ zu lassen (s. Beitrag in dieser Ausgabe). Und nicht zuletzt ist es die Angst vor dieser Entwürdigung, die jene Menschen, die noch einen geregelten Arbeitsplatz haben, dazu bringt, widerstandslos so ziemlich alles mit sich machen zu lassen, um nicht auch noch „abzustürzen“.

Export-Tsunami

Die Folge von Lohnkahlschlag und Prekarisierung, die mit der Produktionssteigerung der hochentwickelten deutschen Industrie einherging, sind deutlich sinkende Lohnstückkosten. Ohne Rücksicht auf Freunde und Verwandte, sprich: Staaten mit gemeinsamer Eurowährung, forcierte Deutschland seine aggressive Exportpolitik. Dieser Export-Tsunami hat die heimische Industrie in den Ländern Südeuropas, die sich nicht mehr mit Währungsabwertungen zur Wehr setzen konnten, mehr und mehr an die Wand gedrückt und dort Schuldenberge anhäufen lassen und steigende Defizite verursacht. Anstatt aber nun, wie es unter Partnern selbstverständlich sein sollte, Ursache und



Wirkung zu analysieren und z. B. die Binnennachfrage mittels deutlicher Lohnerhöhungen zu thematisieren, startete man ein Ablenkungsmanöver. Wie im eigenen Land werden die Krisenopfer auch jenseits unserer Grenzen diffamiert. Fortan machte das Wort von den faulen, korrupten, disziplinlosen und anderen stigmatisierenden Eigenschaften bezogen auf die Griechen und anderen Südeuropäern die Runde.

So viel Geld wie nie?

Es ist blanker Zynismus zu behaupten, dass Deutschland durch die Agenda 2010 gerechter geworden sei. 1970 besaß das oberste Zehntel der (West)-Deutschen 44 Prozent des gesamten Nettovermögens. Heute sind es über 60 Prozent. Dies nahm „Der Tagesspiegel“ in seiner Ausgabe vom 4. Mai zum Anlass, seine Titelseite mit dieser Überschrift auszustatten: Deutsche haben so viel Geld wie nie“. Im Text heißt es dann lapidar: „Da die Arbeitskosten real seit Jahren nur wenig wachsen, fallen Mittel- und Geringverdiener bei der Vermögensbildung zurück.“ Diesen Trend aufzuhalten muss Aufgabe aller demokratischen Kräfte sein. Ein erster kleiner Schritt wird die Durchsetzung des von unserer Partei DIE LINKE seit Jahren geforderten Mindestlohns sein. Ist er erfolgt, werden wir vielleicht sagen können, dass die Verhältnisse in diesem Jahr etwas weniger ungerecht geworden sind. Aber schon dafür lohnt es sich in diesem Wahljahr zu kämpfen.

Hans Schoenefeldt ●

Lichterfelde Süd: Natur oder Beton?

Zu früh gefreut

● Das Aktionsbündnis Lichterfelde-Süd kämpft seit mehreren Jahren für die Erhaltung der wertvollen Pflanzen und Tierwelt auf dem Gelände der ehemaligen „Parkrange“. Dafür erhielt das Aktionsbündnis und Frau Loba mit ihrem Beweidungsprojekt den

„Berliner Umweltpreis 2012“. Auch ein Grund für Optimismus war die vom Bezirksamt beauftragte „Naturschutz- und Landschaftsentwicklungsstudie – Schutzgebietskonzept Lichterfelde-Süd“ von Fugmann-Janotta vom Dezember 2012, sie empfiehlt von der Gesamtfläche von ca. 100 ha einen Bereich von gut 80 ha als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen.

Für den Eigentümer Groth und seine politischen Freunde war diese Studie ein herber Rückschlag.

Eine Reaktion folgte prompt mit einem sogenannten „letter of intent“, der gemeinsam von Groth und Bezirksamt unterzeichnet wurde.

Absichtserklärung oder Bankrotterklärung?

In der Absichtserklärung („Letter of Intent“) wird dem Investor Groth vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf zugestanden, ein Gebiet von 39 ha als Bauland zu betrachten. Mal abgesehen davon, ob das Bezirksamt überhaupt berechtigt ist eine solche Erklärung abzugeben, ist die Absichtserklärung ein Kotau vor der Groth-Gruppe und ein Armutszeugnis der Behörde. In der Landschaftsentwicklungsstudie wird eine Fläche von 16 ha als bebaubar und eine Fläche von 11 ha als bedingt bebaubar empfohlen.

Und noch eins: Mit dem Zugeständnis des Bezirksamts an den Investor offenbart sich mangelnde Sachkenntnis der einschlägigen Umweltschutzgesetze und der Voraussetzungen, die sich aus der Flächennutzungsplanung ergeben.

Nach Adam Riese wären das zusammen 965 Wohneinheiten. Allerdings müssten hiervon noch etliche Wohneinheiten abgezogen werden. Die Gewerbebetriebe mit ihren 200 Mitarbeitern benötigen vor Ort ebenfalls Gelände, um weiterhin ihre Existenz und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten. Wie das Bezirksamt und die Groth-Gruppe auf 2200 bis 2700 Wohneinheiten kommen, ist ein Rätsel – oder eben auch nicht.

Kniefall der Zählgemeinschaft Grün-Schwarz vor dem Investor

Die für den Umweltschutz zuständige grüne Stadträtin Markl-Vieto hatte in der Sitzung des Umweltausschusses der BVV StegZehl die Landschaftsentwicklungsstudie als gute Grundlage für die weitere Entwicklung der „Parkrange“ gelobt. Einige Wochen später bei der Sitzung der BVV vertrat sie dann das Gegenteil: sie lobte den „Letter of Intent“ bzw. die darin enthaltene Zusage an den Investor Groth, ca. 40 ha bebauen zu dürfen, als einen guten Kompromiss. Wieso Zugeständnisse als Kompromiss hochgejubelt werden und nicht als Kniefall vor dem Eigentümer, bleibt ein Geheimnis der Grünen. Im Grundgesetz heißt es: „Artikel 14 (2) *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*“ Groth hat das Gelände von der CA Immo gekauft nachdem diese bereits ihre (Bau)Pläne aufgegeben hatte. Als der Investor Groth das Gelände kaufte, hat er genau wissen können, dass es keinen gültigen Flächennutzungsplan gibt und deshalb ein neues Planverfahren eingeleitet werden muss. Dass

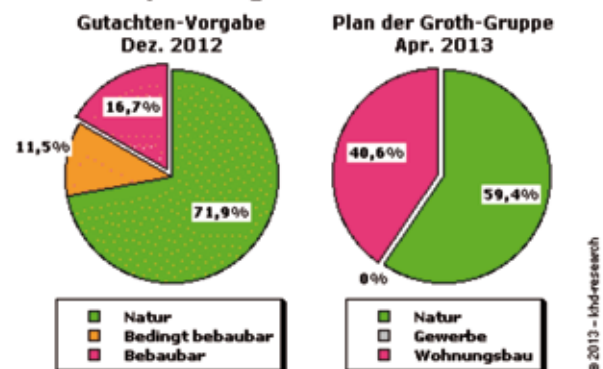
Zur Erläuterung:

Der Flächennutzungsplan stellt vier Typen von Wohnbauflächen dar (W1, W2, W3 und W4), die sich nach ihrer Dichte und ihren Strukturmerkmalen unterscheiden. Für die 16 ha bebaubare Fläche käme die Wohnbaufläche W 3 mit landschaftlicher Prägung infrage, die in der Übergangszone zur freien Landschaft liegen. Entsprechend der Erläuterungen des Flächennutzungsplan Berlin wären das für die bebaubaren 16 ha ca 800 Wohneinheiten. Für die bedingt bebaubare Fläche von 11 ha wäre W4 anzuwenden; es könnten entsprechend 165 WE gebaut werden. Als Wohnbaufläche W 4 werden im FNP die ausgedehnten Einfamilienhausgebiete der städtischen Peripherie dargestellt.

Weitere Informationen zu Lichterfelde Süd finden Sie im Internet:

http://pls.khd-blog.net/ALL/ALL_Mitteilungen_01.html und zur Stadtentwicklungsplanung: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/fnp/pix/erlaeuterungen_fnp/Sprechende_Legende.pdf

Flächenplanung für Lichterfelde-Süd



dabei Umwelt- und Naturschutzgesetze einzuhalten sind, wissen auch Herr Groth und seine Rechtsabteilung. Wir aber befürchten, dass er trotz dieses Wissens seine Ziele weiter verfolgt. Schließlich hat er offensichtlich keine Erfahrung in „Landschaftspflege“, dafür aber ist er bekannt für seine einschlägige Erfahrung in „Politikerpflege“: er hat bereits maßgebliche PolitikerInnen eingeladen, um ihnen sein Projekt schmackhaft zu machen. Politiker der LINKEN waren übrigens nicht dabei.

Was tun die Parteien?

Mitglieder der örtlichen SPD haben sich sehr für die Erhaltung der wertvollen Pflanzen- und Tierwelt auf dem Gelände engagiert und die Arbeit des Aktionsbündnisses positiv beeinflusst. Allerdings: je höher man in der Hierarchie der SPD kommt, desto

weniger scheint das Interesse für Natur- und Umweltschutz ausgeprägt zu sein. So hat Staatssekretär Gothe die Absicht geäußert, man könne wohl gut 3000 Wohneinheiten bauen. Andere Sozialdemokraten sprachen sogar von 5000-6000 Wohnungen. Inzwischen wäre die Landes-SPD mit der im Letter of Intent geäußerten Zahl von bis zu 2700 WE einverstanden. Die Bezirks-SPD jedoch kritisierte die Absichtserklärung zwischen BA und der Groth-Gruppe aufs Schärfste.

Die CDU wird ihren Parteifreund Groth in seinen Absichten sicher weiter unterstützen.

In der BVV Steglitz-Zehlendorf haben sich aber vor allen anderen Parteien die GRÜNEN als Unterstützer des Investors profiliert, indem sie die Absichten von Groth als fairen Kompromiss darstellten. Selbst die CDU, deren Stadtrat die Absichtserklärung unterschrieben hat, agierte zurückhaltend. CDU Fraktionschef Hippe distanzierte sich, in gewohnt eloquenter Weise, von der Art des Zustandekommens des Letter of Intent, ohne dessen Inhalte in Frage zu stellen.

Die Piraten hingegen unterstützen das Anliegen der Bürgerinitiative konstruktiv. Selbst die FDP im Bezirk hat sich in einem Vorstandsbeschluss auf die Seite der Bürgerinitiative gestellt.

DIE LINKE im Bezirk und auf Landesebene hat von Anfang an im Aktionsbündnis mitgearbeitet. Marion Platta, Abgeordnete der Linksfraktion, Mitglied im Umweltausschuss, berät und unterstützt das Aktionsbündnis durch ihre fundierten Kenntnisse.

Geld regiert die Welt – auch in Steglitz-Zehlendorf?

Am 26. April fand auf Einladung der BI im Kieztreff in der Thermometersiedlung eine gut besuchte

Versammlung statt. Anwesend war auch die grüne Stadträtin Markl-Vieto. Sie verteidigte ihre positive Haltung zu der Absichtserklärung: Die Rechte des Eigentümers seien schützenswert – offensichtlich schützenswerter als die Interessen des Gemeinwohls und scheinbar auch als ökologische Interessen, für deren Verteidigung ihre Partei doch eigentlich steht. Damit bezieht sie klar einen klassisch neoliberalen Standpunkt. Wenn Markl-Vieto auf der Versammlung also davon sprach, dass sie sich die weitere Diskussion bezüglich der Bebauungspläne ohne ideologische Vorbehalte wünsche, dann muss man ihr entgegenhalten, dass eben ihre Herangehensweise etwas zutiefst Ideologisches aufweist, denn: Investoren investieren nicht aus Menschenliebe und schon gar nicht aus Respekt vor dem Gemeinwohl, denn sie wollen und müssen Profite machen. Und so ist dieser Letter of Intent für den Investor eine Bedingung für den Erhalt eines Letters of Credit, also zur Geldbeschaffung. Mit Gemeinwohl-Interessen hat dies nichts mehr zu tun.

Es gibt nichts Gutes – außer man tut es!

Die Bürgerinitiative wird weiter kämpfen. Immerhin geht es um eine lebenswerte Natur und Umwelt. Es geht um ein demokratisches Gemeinwesen und auch um berechnete soziale Bedürfnisse.

Durch eine Sammlung von Unterschriften soll dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Nachdruck verliehen und den Politikern Dampf gemacht werden.

Wir bitten alle Leserinnen und Leser der *Kehrseite*, sich aktiv daran zu beteiligen.

Eberhard Speckmann ●

Baustelle statt Neubau – Das Desaster der Sanierung der Max-von-Laue-Schule

● Wegen der Bauarbeiten am Standort in der Dürerstraße in Lichterfelde musste die Max-von-Laue-Schule im 2. Halbjahr 2012/2013 nach Steglitz in die Gebäude der ehemaligen Schmidt-Ott-Schule umziehen. Die Fertigstellung des Altbaus wird immer wieder verschoben. Eltern, Schüler_innen und Lehrer_innen fühlen sich von den Verantwortlichen im Stich gelassen.

Umwandlung in Sekundarschule

Zum Schuljahr 2010/2011 wurde die Max-von-Laue-Schule in eine Sekundarschule umgewandelt. Bis dahin war sie Realschule. Mit der Schulreform

sollte alles besser werden. Bestmögliche Schulabschlüsse, bestmögliches Lernen, bestmögliche Bedingungen. Soweit die Zielsetzung. Die Realität sieht vielerorts anders aus. Marode Schulgebäude, steigende Schülerzahlen und Lehrermangel. Die Max-von-Laue-Schule war von Anfang an negativ betroffen. Mit Beginn der Reform sollten in der Schule ein Ganztagsbetrieb sowie warmes Mittagessen angeboten werden. Zusätzliche Platzkapazitäten und Sanierungen waren vonnöten. Gedränge, Stress, Baulärm, schlechte Lernbedingungen sind seitdem Normalität. Schließlich folgte der Baustopp sowie der Umzug von Lichterfelde an den Notstandort nach Steglitz.

Abschreckung statt Anreiz

Seit über zwei Jahren ist die Max-von-Laue-Schule nun schon eine Baustelle. Statt den in Aussicht gestellten Verbesserungen reihen sich Probleme und Katastrophen aneinander. Bereits Ende 2011 sollte der dringend benötigte Neubau, in dem Fachräume, die Mensa und die Bibliothek untergebracht werden sollen, sowie der Dachaufbau auf dem Altbau, fertig sein. Doch es ging schief, was bei einem Bau nur schief gehen kann: Planungsfehler, Finanzierungslücken, eine mangelhaft arbeitende Baufirma, Schwamm in den Balken, Wasserschäden vom Dach bis ins Erdgeschoss. Diesen Start bezeichnete Schulleiter Günther Schrenk als „schlimm und schädigend für den guten Ruf der Schule“. Bekannt ist die Max-von-Laue-Schule für besondere Angebote. Die Kinder beschäftigen sich im naturwissenschaftlichen Bereich mit dem Weinanbau oder können unter professioneller Anleitung Theater spielen. „Abschreckung statt Anreiz“ befürchtete Schrenk. Die Motivation von Lehrern und Schülern litt und leidet unter der Situation.

Keine politische Verantwortung?

Das Bezirksamt hatte der alten Baufirma, die ihre Subunternehmen nicht mehr bezahlen konnte, gekündigt, so dass es zum Stillstand auf der Baustelle kam. Für die Misere möchte aber keiner Verantwortung übernehmen. Weder SPD noch CDU. In einer Bürgeranfrage der LINKEN in der Sitzung der BVV Steglitz-Zehlendorf vom 20. März 2013 nannte die Stadträtin für Bildung, Kultur und Bürgerdienste des Bezirks, Cerstin Richter-Kotowski (CDU), keine expliziten Verantwortlichkeiten, sondern gab lapidar „externe Faktoren“ wie „Rechtsstreitigkeiten mit den Nachbarn“ als Gründe für die Verzögerung an. Anfangs waren 3,8 Millionen Euro für den Erweiterungsbau veranschlagt. Durch den Zeitverzug, Umpfanungen und die Neuausschreibung ist das Projekt etwa eine Million Euro teurer geworden. „Der Bezirk wird die Summe aus der Investitionsplanung stemmen“, sagte Michael Karnetzki (SPD), Bezirksstadtrat für Immobilien. Von Fehlern bei der Vergabe des Auftrags, ist nichts zu hören.

Vom Bezirksamt im Stich gelassen

Richter-Kotowski erklärte noch in der BVV vom März, dass sie davon ausgehe, dass der Altbau nach den Sommerferien 2013 fertig sein werde und der

Neubau im Sommer 2014. Auch dieser Zeitplan ist jedoch schon vier Wochen später, im April 2013, nicht mehr zu halten. Der neue Termin der Fertigstellung des Altbaus sei nun nach den Herbstferien im Oktober 2013. Das heißt, Schüler_innen und Lehrerschaft müssen vorerst weiter am Notstandort „Plantagenstraße“ bleiben und unter extremen und belastenden Unterrichtsbedingungen (viel zu kleine Räume für zu viele Schülerinnen/Schüler) arbeiten. Auf Anfrage der LINKEN in der BVV, ob die aktuelle Informationspolitik gegenüber der Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft nach dem Umzug transparent und gut sei, antwortete Richter-Kotowski, „dass die Zusammenarbeit ausgezeichnet ist“. Die Eltern hingegen fühlen sich im Stich gelassen: „Es rumort in der Elternschaft“, so Dierk Hoffmann von der Gesamtelternvertretung.

Mehr Investitionen, mehr Verantwortung

Wenn SPD und CDU Handlungs- und Zukunftsfähigkeit beweisen wollen in dieser Stadt, dann muss deutlich mehr investiert und nicht um jeden Preis und zu Lasten der Schüler_innen gespart werden. Bildung ist keine Ware! Die Bezirke dürfen mit der Sanierung der Schulen nicht alleine gelassen werden! Auch der Senat muss hier noch mehr Verantwortung übernehmen und sich an den Worten der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres (SPD), messen lassen: „Im Interesse der Gesellschaft und des Einzelnen befähigen gute Schulen unsere Kinder, als gut ausgebildete und starke Persönlichkeiten ihr Leben und unser aller Zukunft zu gestalten“. Das Beispiel der Max-von-Laue-Schule zeigt, wie politische Verantwortung nicht wahr genommen wird. Für die Bezirksstadträte sind ausschließlich plötzlich auftretende externe Faktoren für die Verzögerung der Bauarbeiten verantwortlich. Probleme mit der vorausschauenden Planung, der regelmäßigen Kommunikation mit der Eltern-, Lehrer- und Schülerschaft sowie den unzumutbaren Unterrichtsbedingungen am Notstandort und deren Folgen werden schlicht geleugnet. Derweil ist die Situation an der Schule weiter angespannt und statt Aufbruchstimmung machen sich Enttäuschung und Ernüchterung breit. Angesichts des unsicheren Fertigstellungstermins, der schon viele Male verschoben worden ist, fehlt vor allem eine verlässliche Perspektive für Schüler_innen und Lehrer_innen, dass der momentane Albtraum irgendwann einmal zu Ende ist!

Stefan Kleinert ●

Die Linke und die Gewerkschaft

● Am 16.3.13 fand im ND-Gebäude eine von der LAG Betrieb und Gewerkschaft der Berliner Linken initiierte Konferenz zu den Themen Strategie und Leiharbeit, Spaltung und Privatisierung statt. Passendes Thema anlässlich des 10jährigen Bestehens der Agenda 2010, die viel dazu beigetragen hat, Arbeit und Lebensverhältnisse zu prekarisieren und die Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft befördert, neoliberales Denken verfestigt hat. In seiner Auftaktrede benannte Bernd Riexinger, Vorsitzender der Linken und ehemals Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di in Stuttgart, dass die Löhne heute unter das Niveau im Jahre 2000 gesunken sind – trotz steigender Lebenshaltungskosten und Inflation. 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor, davon bekommen 5 Mio. einen Stundenlohn unter 7,50 Euro und eine Mio. liegt sogar unter 5 Euro. Im Einzelhandel (wir denken in unserem Bezirk einfach mal an alle Verkäuferinnen und Verkäufer, die allein auf der Schlossstraße ihre Jobs haben) arbeiten ein Drittel aller Beschäftigten für weniger als 6,50 Euro. Seriöse Berechnungen belegen, dass es selbst bei einem Mindestlohn von 10 Euro/Stunde keine Sicherheit vor Altersarmut gibt. Nur noch 60 % aller Arbeitsverhältnisse sind tarifgebunden (und nehmen weiter ab) und im Osten Deutschlands arbeitet mittlerweile nur noch die Minderheit der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Unternehmen.

Nackte Zahlen

Zahlen, die ebenso wie die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse, unfreiwilliger Teilzeitjobs, von geringfügiger Beschäftigung und Leiharbeit darauf hinweisen, dass dieser Gesellschaft, diesem reichen Land eine zunehmende Verarmung droht: nicht nur in Hinblick auf Renten, die nicht ausreichend sein werden, sondern auch bezogen auf all das, was öffentliche Daseinsvorsorge ausmacht und über Steuereinnahmen, die schon lange nicht mehr ausreichend sind, finanziert werden muss.

Bernd Riexinger macht deutlich, dass die Gewerkschaften aufgefordert sind, ihr politisches Mandat stärker wahrzunehmen und anzuerkennen, dass sie nicht nur für ihre organisierten Mitglieder engagiert



zu kämpfen haben. Gleichzeitig muss Politik Arbeitsbedingungen zu ihrer Aufgabe erklären und nicht das Feld den „Tarifpartnern“ (wie es immer so schön heißt) überlassen, wenn es um Fragen des Mindestlohns, Leiharbeit oder Befristungen geht. Aufgabe von Politik könnte es durchaus auch sein, gewerkschaftliche Initiativen zu unterstützen, die darum kämpfen, die Vergabepraxis öffentlicher Aufträge an die Tarifgebundenheit der potentiellen Auftragnehmer zu knüpfen. Das würde den Druck auf den einen Teil der Tarifpartner ausüben, die – das sollte man nie vergessen – immer am längeren Hebel sitzen und stets behaupten nur dann wettbewerbsfähig zu sein, wenn man sich den Bedingungen „des Marktes“ unterwerfe; wenn nun „der Markt“ durch Gesetzgebung wieder stärker re-reguliert statt weiter de-reguliert wird, dann wäre allen gedient.

Riexinger fordert die stärkere Verknüpfung tariflicher Kämpfe mit dem politischen Kampf – das gilt auch umgekehrt. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass die gewerkschaftspolitische Konferenz der Linken am 16.3.13 ein Schritt in diese Richtung war und in der Intention fortwirkt. Auf der DGB-Demo am ersten Mai diesen Jahres jedenfalls konnte man viele GewerkschafterInnen, die sich auch in der linken Bewegung engagieren, ausmachen und den Eindruck gewinnen, dass es mehr waren als im Vorjahr...

Pia Imhof-Speckmann ●

Subventionen vs. Mindestlohn

● Stellen Sie sich doch einfach einmal folgendes vor: Ein Unternehmer benötigt für die Produkte, die er herstellen will, eine Reihe von Werkzeugen und Rohstoffen. Da er aber nicht gewillt ist, dem Lieferanten die Kosten in der geforderten Höhe zu zahlen, verlangt er vom Staat, für den Differenzbetrag

einzuspringen. Die Folge: Unsere Apostel der freien Marktwirtschaft – allen voran die der FDP – würden aus ihren Betten springen, so was von senkrecht stehen, ein Gezeter über kriminelle Wettbewerbsverzerrung anstimmen und ordnungspolitische Regelverstöße anprangern. Merkwürdig ist, das so



ein Vorgehen bei den Kosten für „Human Resources“, vulgo: Arbeitskosten, inzwischen gang und gäbe ist.

Deutschland verstößt seit Jahren gegen die Europäische Sozialcharta. Schon 2010 war Deutschland gerügt worden, weil der Staat gegen das in der Charta verankerte Recht auf ein angemessenes Arbeitsentgelt verstößt. Erst kürzlich hat die schwarz-gelbe Regierung auf Anfrage der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin im Bundestag, Sabine Zimmermann, erklärt, zum Thema Lohndumping gebe es keinen Handlungsbedarf. Arbeitnehmer, die ihren bzw. den Lebensunterhalt ihrer Familie nicht allein durch Erwerbseinkommen bestreiten können, würden ergänzendes Arbeitslosengeld II (Hartz IV) erhalten und seien somit ausreichend abgesichert. Diese Rechtfertigung ist ein marktwirtschaftlicher Offenbarungseid und ein Armutszeugnis im wahrsten Sinne des Wortes. Was uns nämlich die Bundesregierung damit sagen will, ist, dass den Unternehmen ein Lohnmodell zur Verfügung gestellt wurde, das in einem erheblichen Umfang aus Steuermitteln finanziert werden darf. Im Klartext: Die Mindestkosten der Arbeitskräfte sind das, was zum Leben gebraucht wird. Verweigert der Arbeitgeber seinen Beschäftigten einen existenzsichernden Lohn oder ist der Ansicht ihn nicht aufbringen zu können, müsste er sein Geschäftsmodell überprüfen, Ein- und Ausgaben neu kalkulieren oder einfach abdanken. Tut er aber nicht. Er weiß nämlich, dass der Staat in die Bresche springt und für die Differenz aufkommt,

also den Betrag zwischen ausgezahltem Lohn und den Kosten für die Existenzsicherung aufstockt. „Aufstocker“ nennt man etwas verächtlich diese Beschäftigten, die in Unternehmen arbeiten, in denen ein Lohnfindungsmodell praktiziert wird, das gezielt mit den aus Steuermitteln gespeisten Subventionstopf kalkuliert.

Im Jahr 2011 waren 1,33 Millionen Menschen als Aufstocker beschäftigt, 280.000 von ihnen waren als Vollzeitbeschäftigte tätig. Wieviel Geld auf diese Weise umverteilt wird – heraus aus den Taschen der Steuerzahler, hinein in die Lohnbüros von Unternehmen – kann ein Beispiel aus der Callcenter-Branche illustrieren. Obwohl diese Branche eines der schlechtesten Images in der deutschen Arbeitswelt hat, wird sie mit üppigen Subventionen belohnt – eben weil die Bezahlung so mies ist. 2011 stockte die Bundesregierung den Lohn der dort Beschäftigten mit 32,7 Millionen auf. Zwar arbeiten in dieser Branche viele (unfreiwillig?) in Teilzeit oder als Minijobber. Aber selbst Vollzeitbeschäftigte erhielten durchschnittlich 461 Euro pro Monat, weil sie sonst unter das Hartz IV-Niveau gefallen wären.

Es ist grotesk, dass ausgerechnet die Gralshüter des ordnungspolitischen Reinhaltungsgebots dieses Kombilohnmodell als Waffe gegen die Forderungen nach einem flächendeckenden Mindestlohn einsetzen. Und es sind diesmal wir, DIE LINKE, die wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für marktwirtschaftlich rationales Vorgehen einsetzen. Dies verlangt nämlich, kostengerechte Mindestpreise für die Arbeitskräfte zu erheben, um so die Kosten der Arbeit in die Preise einfließen zu lassen. Dass diese Forderung abgeblockt und das Kombilohnmodell obendrein noch als sozialpolitische Wohltat ausgegeben wird, ohne den demütigen Gang der „Aufstocker“ zu den Behörden auch nur zu erwähnen, offenbart eine vom neoliberalen Zeitgeist gesteuerte Denkweise, in der der Mensch mit seinen Gefühlen, Wünschen und Hoffnungen nicht, wie gern behauptet wird, im Mittelpunkt steht, sondern lediglich als betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor eingestuft wird. Pfui Teufel!

Hans Schoenefeldt ●

Politische Streiks im Europa der Krise

● Am 14. November 2012 fand in Europa erstmalig ein grenzüberschreitender Generalstreik statt. In Portugal und Spanien streikten mehrere Millionen Beschäftigte gegen die europäische Kürzungspolitik, die maßgeblich von der Bundesregierung vorangetrieben wird. Zu Arbeitsniederlegungen kam es auch in Belgien, Griechenland, Italien, Malta und Zypern. Die Beteiligten machten auf die sozialen

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der europäischen Krisenpolitik aufmerksam: So sind die Banken und die BesitzerInnen großer Vermögen weitgehend ungeschoren aus der Krise hervor gegangen, obwohl diese durch die Aufblähung des Finanzsektors verursacht wurde. Im Gegensatz dazu müssen die Beschäftigten in den europäischen Krisenländern mit massiven Kürzungen bei den So-

zialeistungen, sich verschlechternden Arbeitsbedingungen, Entlassungen und der Zerstörung der öffentlichen Infrastruktur fertig werden.

Der Streiktag am 14. November war zunächst einmal deshalb bedeutsam, weil die Protestierenden zum Mittel des Streiks griffen. Durch den Entzug ihrer Arbeitskraft machten sie darauf aufmerksam, dass sie das öffentliche Leben zum Stillstand bringen können. Wenn man so will, handelte es sich um einen politischen Warnstreik. In Deutschland hört man in diesem Zusammenhang oft das Argument: Streiks mit politischen Zielsetzungen sind antidemokratisch und illegal; sie dienen dazu, politische Ziele zu erzwingen und Prozesse der demokratischen Entscheidungsfindung zu umgehen. In der Situation der Krise zeigt sich, dass das Gegenteil der Fall ist: die ‚Finanzhilfen‘ für die Krisenländer, die in erster Linie den Banken und Vermögenden zugutekommen, werden von der EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond an Bedingungen geknüpft. Die Regierungen, die die Hilfen annehmen, verpflichten sich zu umfassenden Kürzungsmaßnahmen, ohne dass die Bevölkerungen in den fraglichen Ländern gefragt werden. Als der damalige griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou im Oktober 2011 bekannt gab, ein Referendum über die Kürzungspolitik abhalten wollte, wurde er aus Berlin und Paris zurückgepfiffen. Die Streiks sind also kein antidemokratisches Zwangsmittel; sie dienen der Er kämpfung von Demokratie.

Der Streiktag war auch deswegen wichtig, weil grenzübergreifend gestreikt wurde. Es ist in den Me-

dien viel von einer überall grassierenden Europaskepsis oder sogar Europafeindlichkeit die Rede. Der Streiktag im November letzten Jahren zeigt, dass es zwar große Unzufriedenheit mit der europäischen Politik gibt, aber die Massenproteste keinesfalls gleichbedeutend mit Europaskepsis oder Europafeindlichkeit sind. Im Gegenteil: Auf den Straßen von Lissabon und Madrid ist eine Massenbewegung für ein demokratisches und soziales Europa entstanden. Die Botschaft an die politischen EntscheidungsträgerInnen ist: Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

Insgesamt ist es seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 innerhalb der EU 42 Mal zu politischen Warnstreiks gegen die Kürzungspolitik gekommen. 19 Mal wurde in Griechenland gestreikt, achtmal in Italien, siebenmal in Frankreich, viermal in Portugal, dreimal Mal in Spanien und einmal in Belgien. Bistlang sind die politischen EntscheidungsträgerInnen nicht von ihrem Kurs abgewichen. Insofern wird es auch in Zukunft zu Massenprotesten kommen – und grenzüberschreitende Generalstreiks werden dabei ein wichtiges Kampfmittel sein. Die Gewerkschaften in Portugal diskutieren gerade, ob es möglich wäre, am 30. Mai auf der gesamten iberischen Halbinsel erneut einen Generalstreik durchzuführen. Er fände als sichtbares Zeichen europäischer Solidarität einen Tag vor der geplanten Blockade der Europäischen Zentralbank in Frankfurt im Rahmen der Blockupy-Proteste statt, die auch gegen die Krisenpolitik in Europa gerichtet ist.

Alexander Gallas ●

Schildbürger?...

● Das war gestern. Heute glänzt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt mit intelligenten Lösungen. 38 Riesenschildkrötenpoller schmücken seit September die Bürgersteige auf der Brücke Moltkestraße. Am S-Bahnhof Botanischer Garten. Sie seien wegen der mangelnden Belastbarkeit der Brücke ein geeignetes Mittel, das Parken auf den Bürgersteigen zu verhindern.

Ich lebe seit 40 Jahren in diesem Kiez und kann unter Eid aussagen: Auf der dem Bahnhof zugewandten Seite hat noch nie ein Auto geparkt, tut es nicht, darf es auch nicht, weder auf der Straße noch auf dem Bürgersteig. Auf der anderen Seite haben schon immer Autos geparkt, aber immer auf der Straße, tun sie, dürfen sie (s. Fotos). Auf eben diesen Sachverhalt haben 1050 Personen mit ihrer Unterschrift hingewiesen, wobei sie sogar von der örtlichen Polizeidirektion unterstützt wurden. Antwort der Senatsdirektion: Die Einwände seien nicht sachdienlich. Hallo – geht's noch? Man könnte wie bei den Schildbürgerstreichen einfach nur lachen.

Wenn aber auf anderen Feldern ähnlich hirnrissige Entscheidungen getroffen werden, bleibt einem das Lachen doch im Halse stecken.

HS ●





Rotlicht ✱

LEGAL – ILLEGAL – SCHEISSEGAL!

Haben Sie schon mal von Anguilla, Rarotonga, Antigua und Barbuda, den Virgin Islands, Mauritius oder Moserrat gehört? Nein? Das sollten Sie aber, denn dort spielt die wahre Musike! Nicht in London, New York oder Düsseldorf!

Laut Süddeutscher Zeitung (SZ, 5. April 2013) kommt das meiste Kapital, das nach China fließt, aus der Steueroase Virgin Islands. „Indiens größter Geschäftspartner ist: der Inselstaat Mauritius. Und Deutschlands größter Investor? Viele Jahre die Schweiz.“

Natürlich muss das Kapital, um diese segensreiche Wirkung zu entfalten, erst mal dorthin auswandern, denn die kleinen Inseln im weiten Meer haben nichts – außer Felsen, Sand und Palmen.

„Etwa 50 Staaten weltweit gelten als Steueroasen. Sie alle eint, dass sie wenig oder gar keine Steuern erheben, das Bankgeheimnis konsequent einhalten, weitreichende Anonymität gewähren und sich über die Gebühren der Briefkastenfirmen finanzieren.“(SZ)

Dabei ist die Problematik der Steueroasen seit Jahrzehnten bekannt. Angeblich bemühen sich die OECD und die EU seit Jahren, die Flucht des Geldes einzudämmen. Wenig erfolgreich, wie man sehen kann, und ebenso wenig glaubhaft. Das im Bundesrat gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz, das deutschen Steuerbetrüggern nicht nur Anonymität und Straffreiheit garantieren, sondern darüber hinaus durch eine großzügige Übergangsfrist allen Akteuren einen geordneten Rückzug/Ortswechsel ermöglichen wollte, ist ein beredtes Zeugnis für die Ernsthaftigkeit der bundesdeutschen Bemühungen. Auch die kontroversen Diskussionen über die Zulässigkeit, Steuerraubkopien durch staatliche Stellen anzukaufen, spricht Bände. Erst jüngst hatten der Bund, Bayern und Hessen gedroht, sich an der Aufteilung der Kosten trotz der Erfolge nicht mehr zu beteiligen.

Aber jetzt ist Bewegung in die Angelegenheit gekommen. Eine anonyme Quelle hat 2,5 Millionen Datensätze aus den Zentralrechnern zweier Firmen, die auf den Cook-Inseln und den britischen Jungferninseln ansässig sind und Briefkastenfirmen verwalten, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und jetzt wird wenigstens ansatzweise das Ausmaß des asozialen Treibens deutlich: 130.000 Personen aus 170 Ländern sind erfasst. Allein die beiden Drahtzieher-Firmen „Portcullis“ (auf Deutsch: Fallgitter) und

der „Commonwealth Trust Limited“ haben in 9 Steueroasen 120.000 Firmen angemeldet. Nicht zu glauben – oder? In einem normalen Wohnhaus auf den Cayman-Inseln sollen 60.000, in Worten: sechzigtausend Firmen – oder sollte man besser sagen: Scheinfirmen, ihren Firmensitz haben. Da müssen die Briefkästen, die als Büroersatz erhalten müssen, ganz schön zusammenrücken, um nicht weggedrückt zu werden.

Von 20 bis 30 Billionen Dollar ist die Rede, die im „schwarzen Loch der Weltwirtschaft“ verschwunden sind. Es wird von 280 Milliarden gesprochen, die den öffentlichen Haushalten an Steuergeldern entgehen.

In den Steueroasen haben sich die Mächtigen dieser Welt zusammengefunden, um ihre Rendite aus den Wirtschaftsraubzügen in Europa, Amerika und Asien in Sicherheit zu bringen. Wer Zweifel an der Existenz von Schwarmintelligenz hat, hier kann er sie beobachten.

Jetzt ist die Empörung groß, weil zunehmend auch Namen und Gesichter ins Spiel kommen. Die milliardenschweren Auto-Familien Quandt, Porsche und Piech, der Verleger Hubert Burda, die Bankiersfamilie von Finck und andere Größen werden mit dem Offshore-Steuerparadies Panama in Verbindung gebracht. Natürlich haben sie auf Nachfrage keine Ahnung, warum sie in Panama Briefkastenfirmen unterhalten und Strohmänner beschäftigen.

Die deutschen Steueroptimierer und -betrüger befinden sich auf der Datensammlung allerdings in der Minderheit. Sie „nutzen eher andere, näher gelegene Schlupflöcher, Luxemburg, Liechtenstein oder die Schweiz zum Beispiel.“ (SZ) Da wird man auf den Ankauf bzw. die Auswertung weiterer Steuer-CDs warten müssen. Dass das funktioniert, beweisen die Fälle Zumwinkel (ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Post) oder Uli Hoeneß. Schön, dass der Druck zunimmt. Über 30.000 strafbefreiende Selbstanzeigen soll es nach dem Ankauf von Steuer-CDs seit Anfang 2010 gegeben haben.

Wie sich zeigt, muss man eben die „versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“ (Berühmte deutsche Spruchweisheit)

Eines bleibt allerdings seltsam: Warum haben die Staaten der Europäischen Union dem Treiben jahrelang zugesehen? Es hätte doch nahe gelegen, in Zeiten knapper Kassen, wo Schulen und Universitäten darben, Kindergartenplätze fehlen und die europäischen Staaten bis über die Ohren verschuldet sind, diese Finanzsümpfe trocken zu legen.

Warum heben wir die Nester auch jetzt nicht einfach aus und machen dem Spuk ein Ende? Es

handelt sich ja nicht um mächtige Gegner, denen man mit der Kavallerie drohen muss, um dann unverrichteter Dinge wieder abzuziehen. Bei manchen dieser Schatzinseln handelt es sich nur um virtuelle Staatsgebilde, deren politische Souveränität durch eine eigene Postverwaltung und eigene Briefmarken dokumentiert ist.

Die Kanalinseln Jersey und Guernsey, die Isle of Man, die Virgin Islands, die Bermudas sind ausgewiesene juristische Scheinselbständige, Teile des britischen Empire, der englischen Krone direkt unterstellt. Da genügte ein Wink von Queen Elizabeth. Aber die westliche Staatengemeinschaft, die sich in anderen Zusammenhängen auch gerne westliche Wertegemeinschaft nennt, sieht diesem munteren Treiben seit Jahren tatenlos zu. Das Ganze lässt sich ohne die schützende Hand des Staates, ohne ein funktionierendes Netzwerk staatlicher Kumpanei nicht erklären.

Jetzt sind selbst die bajuwarischen Provinzgrößen, die sich damit begnügten, ihr Einkommen über staatlich finanzierte Familienbeschäftigte aufzubessern, nicht mehr tragbar, Schäuble wollte schon immer mal gegen die Steuerbetrüger vorgehen, aber halt nur im europäischen Maßstab, was nicht möglich war. Und Steinbrück: der fordert einen automatischen Informationsaustausch, „bei dem Geldinstitute in aller Welt verpflichtet werden, Vermögen und Erträge ausländischer Kunden mitzuteilen.“ (SZ) Anonyme Briefkastenfirmen und Stiftungen sollen sogar verboten werden! Und die Körperschaftssteuersätze in der EU sollen angeglichen werden! Donnerwetter! Selbst die Briten haben angekündigt, dass sie ihre Sonderzonen der Finanzwirtschaft nicht mehr schützen wollen.

Aber kann man das glauben? Nach der europäischen Finanzkrise haben alle geschworen, dass sie die Banken nunmehr an die Kette legen wollen. Passiert ist so gut wie nichts. Im Zweifel kann man sich immer hinter der in Europa erforderlichen

Einstimmigkeit verstecken. In der Bundesrepublik haben wir 2013 ein Wahljahr, da kann man und muss man die Backen aufblasen. Aber danach? Warum sollten ausgerechnet die systemnahen Blockparteien, CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jetzt einen radikalen Wechsel vollziehen?

Sie haben die Entwicklung, egal, was sie jetzt von sich geben, bislang immer wohlwollend toleriert oder sogar vorangetrieben.

Der französische Präsident Hollande hat seinen Wahlkampf gewonnen, weil er den Bürgern eine saubere Finanzverwaltung und soziale Gerechtigkeit versprochen hat. Sein wichtigster Mann für diese Aufgabe, der Haushaltsminister Cahuzac, musste nun gehen, weil er, wie sich jetzt herausstellte, ein geheimes Auslandskonto mit 600.000 € unterhielt. Ein weiterer Vertrauter Hollandes, sein Wahlkampfmanager und Berater Augier, musste eingestehen, dass er an zwei Unternehmen auf den Cayman-Inseln beteiligt war. So ist das Leben!

Von Steinbrück wissen wir, dass er bei den Banken aus und ein ging, um saftige Honorare für Vorträge einzusacken und Merkel war mit dem Chef der Deutschen Bank so vertraut, dass er seinen Geburtstag mit ausgesuchten Gästen im Kanzleramt feiern durfte.

Es wird möglicherweise kosmetische Reparaturen geben. Aber einen wirklichen Politikwechsel kann man auch von Rot(Orange)/Grün nicht erwarten. Dafür spricht schon der zweifelhafte Eieranzug der SPD, wenn es um die Agenda 2010 geht.

Eher noch könnte, wenn sich die Aufregung gelegt hat, die Bundesrepublik sich kreativer in das Netzwerk von Off-Shore-Plattformen einklinken.

Helgoland zum Beispiel würde sich als Off-Shore-Depot hervorragend eignen. Kaum zu verstehen, warum die Abgeschiedenheit der Insel bisher nur für Kaffeefahrten zum Besuch von Duty Free Shops genutzt wurde. Da liegt noch vieles brach.

Horst Dejas *

8. Mai Tag der Befreiung vom Faschismus

● Der Verein „Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde e.V.“ veranstaltete an der „Säule der Gefangenen“ in Berlin-Lichterfelde, dem Standort eines Sachsenhauser KZ-Außenlagers, Wismarer Str. 26–36, eine beeindruckende Gedenkveranstaltung aus Anlass des „Tages der Befreiung“ am 8. Mai 1945. An der Feierstunde nahmen Opfer des Faschismus, zahlreiche Vertreter von Botschaften, Vertreter von Opferverbänden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil und legten Kränze und Blumen nieder. Auch



die Parteien SPD, Piraten und DIE LINKE ehrten die Opfer und legten Blumengebinde nieder. Beeindruckende Reden hielten u.a. ein Vertreter der Botschaft der russischen Föderation, eine Schülerin vom OSZ (Luise-Schroeder-Schule) und der stellvertretende Bezirksbürgermeister Michael Karnetzki (SPD). Umrahmt wurde die Feierstunde mit einem Kulturprogramm, das durch den sächsischen Bergsteigerchor und SchülerInnen des Beethoven Gymnasiums gestaltet wurde.



SOZIALE ALTERNATIVEN ZU MERKELS UND STEINBRÜCKS AGENDA

Moderation: Ulrike Herrmann (taz)



Sahra Wagenknecht

Di, 11. Juni, 19 Uhr | Otto-Suhr-Allee 100
Festsaal im Rathaus Charlottenburg | 10585 Berlin-Charlottenburg
U7 Richard Wagner-Platz

DIE LINKE. **DIE LINKE.** **DIE LINKE.** **DIE LINKE.**

Zitate des Monats ❖

„Haben wir den Staat den wir verdienen? Wenn ja, ist uns nicht zu helfen. Wenn nicht, wird es Zeit, die Sache in die Hand zu nehmen.“

(Daniela Dahn, Schriftstellerin)

„Es stimmt, Geld allein macht nicht glücklich, es gehören auch Grundstücke, Aktien und Goldbarren dazu.“

(Danny Kaye, US-amerikanischer Filmschauspieler)

„Der Sozialismus ist aus Gründen gescheitert. Die Gründe aber, weshalb er auf die Welt kam, sind immer noch da.“

(Wolfgang Kohlhase, Drehbuchautor)

„Ich bin zunehmend skeptisch, ob der Staat in unserem Kampf gegen Rechtsextremismus auf unserer Seite ist.“

(Uwe-Karsten Heye, Ex-Regierungssprecher, heute Vorsitzender des Vereins „GesichtZeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“)

Termine X

- **Jeden 2. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

- **3. Juni, 18.30 Uhr** BO Zehlendorf, Mitgliederversammlung
Thema: **Der Nahostkonflikt, Syrien und die Interessen der USA, Israel und Russlands.**

- Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

Referent: **Andreas Schlüter, Harry Grünberg**
im „Mittelhof“, Königstr. 42-43, 14163 Berlin

- **Jeden Dienstag:** Wir kümmern uns Beratung zu Hartz IV und Schuldnerfragen
17-18 Uhr, Schildhornstraße 85 a

Infos gibt es hier:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin
Tel. 030 700 96 741, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de
Im Web: www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

